

# CDU lehnt Biogasanlage ab

Entscheidung nach Sichtungen von Fakten, Einsprüchen und Gutachten gefallen

Bruchköbel (pm/wi). Nachdem nunmehr eine Vielzahl von Fakten, Einsprüchen und relevante Gutachten bekannt sind und zu einem überwiegend negativen Ergebnis kamen, so die CDU Bruchköbel in ihrer jüngsten Presseverlautbarung, sei das Projekt Biogasanlage im Stadtteil Roßdorf endgültig nicht realisierbar.

Die Bruchköbeler Christdemokraten stimmten dem Aufstellungsbeschluss und damit der Einleitung eines Prüfverfahrens seinerzeit nur deshalb kritisch mit der Maßgabe zu, damit bestimmte Vorgaben und Auflagen im Falle eines Bauvorhabens eingehalten werden sollten und damit voll umfassend geprüft werden konnte, ob solch ein Projekt an diesem Standort überhaupt durchführbar ist. Hierzu zählten insbesondere die Klärung der Fragen nach dem Verkehrsaufkommen und der Verkehrsführung generell sowie der Geruchs- und Lärmimmission.

Auch die Einsprüche der Roßdorfer Bürger, der Nachbarkommunen Nidderau und

inzwischen sogar auch Schöneck sowie des übergeordneten Amtes für Straßen- und Verkehrswesen, waren wesentliche Punkte, die abschließend Beachtung finden mussten. Ohne diesen ehemals gefassten Aufstellungsbeschluss, hätte der Betreiber sich jedoch auf einen Passus im Bausetzbuch berufen können und eine, zunächst kleinere Anlage, ohne irgendeine Genehmigung einholen zu müssen, errichten können. „Daher ist es damals mehr als sinnvoll gewesen, vorab auf einen Beschluss und somit auf ein ordentliches verwaltungstechnisches Prüfverfahren zu bestehen“, so CDU Pressesprecher und Stadtrat Gerhard Rehbein, der zum Abschluss darauf hinweist, dass genau solch ein Aufstellungsbeschluss lediglich einer Prüfung dient.

„Hervorzuheben sei die umsichtige Vorgehensweise des Bürgermeisters, der ebenso von Beginn an auf solch ein Prüfverfahren bestand“, so Rehbein weiter. Aber auch der Aspekt, dass eine private Firma, die ein Vorhaben plant, das gesetzlich verankerte

Recht auf ein faires Prüfverfahren hat, musste im Vordergrund stehen. „Bedauerlicherweise sind aber genau diese Informationen in dem gesamten Verfahren vollständig untergegangen, so dass der Eindruck entstand, dass dies einer Baugenehmigung gleich kommt“.

Unter Abwägung aller Punkte, aller Einsprüche und Gutachten, muss also nun unter zu Grundelegung dieser Fakten das abschließende Fazit gezogen werden, dass diese Anlage in Roßdorf nicht tragbar ist. Es sei aber, so die Christdemokraten weiter, äußerst bedauerlich, dass andere Parteien damit Stimmungsmache betrieben haben, vorzeitigen Wahlkampf veranstalteten, in Meldungen mit Wortungeheuern und Superlativen gearbeitet haben und zur Profilierung mit den Sorgen und Ängsten der Roßdorfer Bürger verantwortungslos umgegangen seien. „Sei es, dass manche Parteien eigentlich insgeheim hinter vorgehaltener Hand sogar hofften, dass diese Anlage gebaut wird, damit man mehr Stimmen sammelt oder dass andere Gruppierungen im Rahmen einer 180 Grad Drehung auf einem anderen Wege sich Wähler erhofften“, so Gerhard Rehbein zu den Vorgängen.

„Wir als CDU haben Mandatsträger, die in Roßdorf wohnen, haben auch Angehörige und Mitglieder in diesem Stadtteil, die ebenfalls betroffen gewesen wären, daher sind Bedenken selbstverständlich stets gehört, aufgenommen und berücksichtigt worden. Die Darstellung, dass dies anders war, ist doch vor diesem Hintergrund gar nicht glaubhaft“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katja Lauterbach und Vorsitzender Guido Rötzer.

Die Christdemokraten hoffen nun, dass bald wieder ein gegenseitiger konstruktiver Umgang möglich ist, dass persönliche Anfeindungen enden und man endlich wieder zu einem angemessenen Ton in der politischen Landschaft findet.

## Ringel: FDP verbreitet Unwahrheiten

Bruchköbel (pm/wi). Auf das entschuldigendste weist der Erste Stadtrat Uwe Ringel die dreiste Behauptung der FDP und hier insbesondere von Oliver Braun zurück, die Einsicht in die Stellungnahme des ASV zur Biogasanlage Roßdorf verweigert zu haben. Weder habe er Anweisung erlassen, die Einsichtnahme nicht zu gewähren noch hat ihn jemand um Einsichtnahme gebeten. Es gebe im gegenwärtigen Stand des Verfahrens schlicht und einfach keine Möglichkeit der Einsichtnahme. Das habe der Magistrat in seiner Sitzung auch so erkannt, als ein erstes Ansinnen des FDP-Magistratsmitgliedes richtigerweise abgelehnt wur-

de, so Ringel. Es könne nur als einen weiteren Schritt um Stimmenfang gesehen werden, wenn die FDP in ihrer Pressemitteilung weiter Unwahrheiten verbreite und die Bevölkerung versuche zu verunsichern und panisch zu machen. Ein weiteres Mosaiksteinchen in der Kette der Unwahrheiten, welche die FDP in Roßdorf verbreite, sind die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Bauplanverfahren der Stadt angedichtet würden. Uwe Ringel: „Ich kann nur zum wiederholten Male betonen, dass es sich um einen Vorhaben bezogenen Bebauungsplan handelt und sämtliche Kosten vom Investor zu tragen sind.“